Ausländisches Engagement auf kommunaler Ebene : der Jura setzt Massstäbe

Autor(en): **Crivelli, Pablo**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer**

Band (Jahr): **28 (2001)**

Heft 1

PDF erstellt am: **29.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-911010

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Der Jura setzt Massstäbe

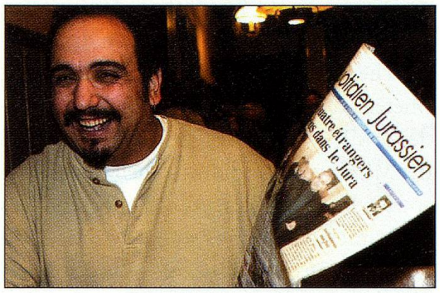
VON PABLO CRIVELLI

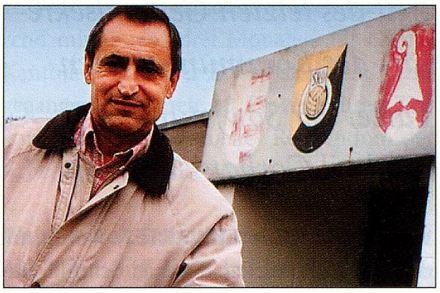
Obwohl er 1979 als letztes Mitglied zur Familie der Eidgenossenschaft gestossen ist, spielt der Kanton Jura im Bereich der Integration von Ausländerinnen und Ausländern eine Pionierrolle.

SEIT DEM 26. NOVEMBER 2000 haben drei Italiener – Raffaele Scarciglia, Giuseppe Natale, Francesco Prudente – sowie ein Spanier – José Bernal – Einsitz im 51-köpfigen Gemeindeparlament von Delémont. Die übrigen Kandidaten ohne Schweizer Pass, welche zu den jurassischen Kommunalwahlen in den Gemeinden Bassecourt, Pruntrut und Les Bois angetreten waren, schafften die Hürde nicht. Der hohe Ausländeranteil im Kantonshauptort Delémont (25 Prozent der 11 400 Einwohner, doppelt so viele wie im kantonalen Durchschnitt) könnte eine Erklärung für diesen Unterschied sein.

Beim Reizthema um die verbesserte Integration von Ausländern verläuft die Debatte nur selten ruhig und rational. Dies zeigen etwa die letztjährigen Turbulenzen und Personalwechsel bei der Eidgenössischen Ausländerkommission: Der Entscheid des Bundesrats, diese Kommission dem zum Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement gehörenden Bundesamt für Ausländerfragen zu unterstellen, löste einen Sturm der Entrüstung aus. Sie hatte schliesslich die Demission des Kommissionspräsidenten sowie von rund der Hälfte der Mitglieder zur Folge (vgl. «Schweizer Revue» 4/00, S. 21).

Trotz diesem emotionsgeladenen Intermezzo ist der Bund entschlossen, die ausländische Integration zu fördern: unter anderem durch die Vereinfachung des Einbürgerungsverfahrens, dessen hohe Kosten und Langwierigkeit viele Ausländer davon abhält, den Schweizer Pass zu beantragen. Die erleichterte Einbürgerung ist auch ein Hauptanliegen der vier Neugewählten, welche die Ausdehnung der Volksrechte auf die ausländische Bevölkerung als ein Mittel zur Förderung ihrer sozialen Integration betrachten.





Fotos: Stéphane Gerber und Keystone

Raffaele Scarciglia (links) und José Bernal ist der Sprung ins Gemeindeparlament von Delémont geglückt.

Fortschrittliche Regelung

Dass der Kanton Jura in diesem Bereich eine Pionierrolle spielt, überrascht nicht. Schon die Verfassung von 1979 gewährte den Ausländern das Stimmrecht auf Gemeinde- und Kantonsebene. Im Dezember 1998 dehnte das Kantonsparlament diese Rechte auf die Wählbarkeit in die Gemeindeparlamente aus. Dies war ein Kompromissentscheid, weil 1996 das jurassische Stimmvolk (51 Prozent Nein gegen 49 Prozent Ja) eine ähnliche, jedoch radikalere Vorlage noch abgelehnt hatte, welche die Wählbarkeit auch in die Gemeinde-Exekutive vorsah. Genau dieser Punkt, so die Einschätzung, habe damals den Ausschlag für den negativen Ausgang der Abstimmung gegeben.

Die Ausdehnung der politischen Rechte auf Ausländer ist ein politisch brisantes Thema. In den vergangenen zehn Jahren wurden in den Kantonen Waadt, Zürich, Genf, Basel-Stadt, Bern, Uri, Aargau, Solothurn und Freiburg Initiativen, die in diese Richtung zielten, mit Nein-Mehrheiten zwischen 60 und 70 Prozent abgeschmettert. Dem Jura kommt somit das Verdienst zu, ein Tabu gebrochen zu haben. Andere Kantone könnten dem Beispiel folgen.

Einen willkommenen Anlass, die Diskussion über dieses Thema in Gang zu bringen, bildet oft der Prozess der Ausarbeitung einer neuen Verfassung, wie etwa in den Kantonen Schaffhausen, Graubünden, Waadt und Freiburg, wo das Stimm- und Wahlrecht für Ausländer Eingang in die sich zur Zeit in Bearbeitung befindlichen Kantonsverfassungen finden könnten. In Genf und Basel-Stadt wird das Stimmvolk schon bald Gelegenheit erhalten, darüber abzustimmen. In Neuenburg hingegen ist das Verdikt bereits gefallen: Die Stimmberechtigten votierten im vergangenen Herbst durch Annahme der neuen Verfassung für die Ausdehnung des Stimmrechts von Ausländern auf die kantonale Ebene. Auf Gemeindestufe existiert es bereits seit 1849.

Publikationen zum Thema

Im Bundesamt für Statistik sind jüngst zwei Berichte mit aussagekräftigem Datenmaterial zur aktuellen Situation erschienen:

- **Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz, Bericht 2000. Neuchâtel 2000, 16 CHF. Bestellnummer: 275-0000.**
- **Die Einbürgerungen in der Schweiz. Unterschiede zwischen Nationalitäten, Kantonen und Gemeinden 1981–1998. Neuchâtel 2000, 12 CHF. Bestellnummer: 398-9800.**

Publikationsbestellungen: Tel.: +41 32 713 60 60, Fax: +41 32 713 60 61
E-Mail: ruedi.jost@bfs.admin.ch